



Berliner Landesarbeitnehmer*innenkonferenz lehnt den Weg der SPD in eine erneute große Koalition ab.

Ein Beitrag von Gotthard Krupp

Die Berliner Landesarbeitnehmer*innen-Konferenz am 24. Februar hat nach kontroverser Diskussion beschlossen eine Stellungnahme zur Frage, ob die SPD in eine Große Koalition gehen soll, abzugeben. Der Einwand, dem Mitgliederentscheid nicht vorzugreifen, wurde zurückgewiesen. Es wurde sehr kritisch angemerkt, dass der Parteivorstand der SPD einstimmig Position bezogen und sein Ja zum Koalitionsvertrag mit den Abstimmungsunterlagen für den Mitgliederentscheid verschickt habe – was einer ausgewogenen demokratischen Willensentscheidung frontal zuwiderläuft. Die Landeskonferenz müsse das Recht in Anspruch nehmen, die Meinung der AfA-Delegierten nach einer Diskussion in einem Beschluss festzuhalten.

Befürworter wie Gegner einer großen Koalition diskutierten ausführlich über die inhaltlichen Ergebnisse des Koalitionsvertrages, wie auch die langfristigen Auswirkungen für die Arbeitnehmer*innen in unserem Land.

Großes Interesse fand bei den Delegierten eine Erklärung aus Nordrhein-Westfalen zur Ablehnung einer erneuten großen Koalition, die von weit über 1000 Sozialdemokrat*innen, Abgeordneten, Bürgermeister und Bezirksbürgermeistern, Landräten, Kommunalpolitikern, verantwortlichen Mitgliedern aller SPD-Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschafter*innen unterzeichnet wurde.

*In der Erklärung wird u.a. ausgeführt: „Die Anlage des Koalitionsvertrages ist vielmehr eine strukturelle Falle für die Sozialdemokratie, weil der Handlungsspielraum des Staates weiter eingeschränkt wird (...). Die Regierungspolitik wird eingeklemmt zwischen dem Dogma der „schwarzen Null“ und dem vertraglichen Verbot Reichen und Superreichen endlich wieder einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens abzuverlangen. (...) Wie so oft (wären) sozialdemokratische Landespolitiker*innen und Kommunalpolitiker*innen gezwungen, ihre unterfinanzierten Haushalte mit Steuererhöhungen und Kürzungen bei den Schwächsten einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. Das alles würde der SPD auf allen Ebenen angelastet werden, weil sie regiert und der Staat die von ihm selbst geweckten Erwartungen enttäuschen müsste.“*

(vollständiger Text unter <http://www.nogroko.nrw/>)

In dieser Aussage kommen die dramatischen Erfahrungen der SPD-Genoss*innen in NRW zum Ausdruck, wo unter dem Zwang von Schuldenbremse/ schwarzer Null das Land, die Städte und Gemeinden einer ruinösen Sparpolitik unterworfen wurden. Die tiefe Ablehnung dieser Politik durch die Arbeitnehmer*innen bezahlte die SPD in den letzten Landtagswahlen mit dem schlechtesten Wahlergebnis seit 1947, gerade auch im Ruhrgebiet.

Die Erfahrung, dass diese Politik die SPD in den Niedergang treibt, haben auch die Genoss*innen in Berlin, einer ebenfalls kaputtgesparten Stadt, machen müssen.

Genoss*innen und Gewerkschaftskolleg*innen aus Berlin haben deshalb die Initiative für einen Aufruf an die SPD-Mitglieder ergriffen: **Sagt Nein Sagt Nein zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD - Nein zur Großen Koalition**. **„Nein zu einem Weiter so mit dem Diktat der Schuldenbremse/Schwarzen Null: Nein zur Verweigerung der notwendigen staatlichen Finanzierung der fehlenden Stellen in den Krankenhäusern und Pflege, des öffentlichen Bildungssystems, zur Förderung der Tariffucht jeder Art...“** (Vollständiger Text unter: <https://gotthardkrupp.wordpress.com/2018/02/20/aufruf-an-die-spd-mitglieder/#more-797>)

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass auch die Gewerkschaft ver.di als ein Kernproblem nennt: „Schuldenbremse und Fiskalpakt müssen weg!“ (ver.di Wirtschaftspolitik aktuell, 04 2/2018)

<https://wipo.verdi.de/publikationen/++co++3a7915b8-17b4-11e8-8703-52540066e5a9>

Die Diskussion war auch von dem Willen vieler Genoss*innen geprägt, dass es angesichts der existenzbedrohenden Situation, in der sich die SPD befindet, notwendig ist, den Mut zu einer radikalen Neuorientierung unserer Partei

aufzubringen, für einen radikalen Wechsel der politischen Ausrichtung der SPD hin auf die konsequente Interessensvertretung der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und Jugend und der Demokratie.

Befürworter und Gegner waren sich durchaus einig darin, dass das Vertrauen in eine SPD-Führung, die diese Partei in diese Zwangslage gebracht hat, verschwunden ist.

Bei 6 Gegenstimmen und drei Enthaltungen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Landesarbeitnehmer*innenkonferenz bekräftigt den Beschluss des Berliner SPD-Landesvorstands vom 15. Januar:

„Die Absage der SPD an eine Fortsetzung der Großen Koalition war zwingend und richtig.“ Wie schon in den Sondierungsvereinbarungen vermissen wir in den vorliegenden Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen Kernforderungen einer sozial gerechten Politik, einer sozialdemokratischen Politik, die sich den Interessen der ArbeitnehmerInnen und der Demokratie verpflichtet. **„Eine erneute Große Koalition kann daher kein Ergebnis dieser Gespräche sein.“**
(Vollständige Text in der Anlage.)

25.2.2018

Die Landesarbeitnehmer*innenkonferenz bekräftigt den Beschluss des Berliner SPD-Landesvorstands vom 15. Januar:

„Die Absage der SPD an eine Fortsetzung der Großen Koalition war zwingend und richtig.“ Wie schon in den Sondierungsvereinbarungen vermissen wir in den vorliegenden Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen Kernforderungen einer sozial gerechten Politik, einer sozialdemokratischen Politik, die sich den Interessen der ArbeitnehmerInnen und der Demokratie verpflichtet. **„Eine erneute Große Koalition kann daher kein Ergebnis dieser Gespräche sein.“**

Begründung:

Auch in den Gewerkschaften mehren sich die Stimmen, die davor warnen, dass Arbeitnehmerpolitik auf der Strecke bleibt.

Dierk Hirschel (ver.di Gewerkschaftssekretär, Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik) kritisiert zu Recht, dass durch den Koalitionsvertrag das weitere Absinken der Tarifbindung droht, und mit der Ausweitung der Midi-Jobs die prekäre Beschäftigung gefördert wird.

Und weiter: „Die "Schwarze Null" soll dafür sorgen, dass nicht mehr ausgegeben wird, als die Einnahmen hergeben. Die nächste Regierung kann ohne neue Schulden maximal 45 Milliarden Euro ausgeben. (...)

Allein der kommunale Investitionsstau beläuft sich auf 126 Milliarden Euro. In Verkehr, Gesundheit, Bildung und Wohnungsbau müsste jedes Jahr ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag investiert werden. (...)

Erschwerend kommt hinzu, dass schwarz-rote Steuersenkungen die öffentlichen Kassen plündern. Der beabsichtigte Soli-Verzicht kostet Bund, Länder und Kommunen zehn Milliarden Euro. Ohne Gegenfinanzierung kann dieses Steuergeld zukünftig nicht mehr in Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Sozialwohnungen investiert werden. Ebenso unsinnig ist die geplante Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent.

Notwendige Leistungsverbesserungen bei Rente, Gesundheit und Arbeitslosigkeit stehen somit unter dem Finanzierungsvorbehalt eines neoliberalen Glaubenssatzes. (...) (ver.di publik 1-2018).

Eine Kernforderung, die die SPD schon in ihrem Regierungsprogramm 2013 verankert hatte, war die nach Aufhebung der „sachgrundlosen Befristung“. Die minimalen Regulierungen, die jetzt im Koalitionsvertrag versprochen werden, werden die Ausweitung dieser weiterhin als legal anerkannten Arbeitsverhältnisse mit ihren für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tiefgreifenden Folgen nicht eindämmen.

Vereinbart wurde zwischen den Unionsparteien und der SPD eine Tariföffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz, mit der im Namen von mehr Flexibilität der Weg für eine Durchbrechung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche und des 8-Stunden-Tags geöffnet wird, d.h. eine historische Errungenschaft der Arbeiterbewegung wird geopfert.

Im Koalitionsvertrag finden wir ein eindeutiges Bekenntnis zu dem in weiten Teilen der SPD wie in den Gewerkschaften heftig abgelehnten CETA-Abkommen, weil es grundlegende Arbeitnehmerrechte bedroht: „Im europäisch-kanadischen Handelsabkommen CETA sind zukunftsweisende Regelungen für den Schutz von Umwelt und Gesundheit, Arbeitnehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge (...) vereinbart worden“.

Alle GenossInnen erinnern sich sicher noch an den rasanten Aufschwung, den die SPD sowohl bei Neueintritten wie in den Wählerumfragen verbuchen konnte, als Martin Schulz mit dem Versprechen antrat, mit den „Fehler der Agenda“ aufzuräumen.

Angesichts der existenzbedrohenden Situation, in der sich die SPD befindet brauchen wir den Mut zu einer radikalen Neuorientierung unserer Partei, die mit der zerstörerischen Agenda-Politik des Kaputtsparens und der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse zur Senkung der Kosten der Arbeit bricht, und die Eröffnung einer entsprechenden Diskussion in der gesamten Partei.

Das verlangt den radikalen Wechsel der politischen Ausrichtung der Partei hin auf die konsequente Interessensvertretung der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und Jugend und der Demokratie.